Bezugspreis: Halbmonatlich in Neuenbürg 75 Goldpfennige. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonstigen Inland. Verkehr 75 Goldpfennig m. Postbestellgebühr. Preise freibleibend, Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfennige. In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, in Neuenbürg außerdem die Austräger jederzeit entgegen.

Girokonto Nr. 24 bei der O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 15, außerh. 20 Goldpfennig mit Inf.-Steuer. Kollektivanzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 Mk. Reklame-Zeile 50 Goldpfennig.

Bei größeren Aufträgen entsprechender Rabatt, der in Fälle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt.

Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früher. Vereinbarungen außer Kraft.

Fernsprecher Nr. 4.

Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen.

№ 87. | Neuenbürg, Freitag, den 11. April 1924. | 82. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 10. April. Am 5. April ist auf Grund des Abstimmung im Landtag über die Verschiebung des Oberamtsabbaus Staatspräsident Dr. Hieber und mit ihm das ganze Ministerium zurückgetreten. Damit trat § 29 der württembergischen Verfassung in Kraft, der lautet: „Ist das gesamte Ministerium zurückgetreten, oder abberufen worden, so hat es bis zur Bildung eines neuen Ministeriums die Geschäfte weiterzuführen." Die Neubildung der Regierung erfolgte am Dienstag, 8. April, indem nach einem vergeblichen Versuch der Rechtsparteien und des Zentrums, Dr. Hieber zur Weiterführung der Regierungsgeschäfte zu bewegen, der bisherige Verweser des Arbeits- und Ernährungsministeriums, Staatsrat Rau, zum Staatspräsidenten gewählt wurde. Die 48 Stimmen, die er erhielt, stammten von Bürgerpartei und Bauernbund, Zentrum und Deutscher Volkspartei; die Deutsche demokratische Partei und die Sozialdemokratie gaben weiße Zettel ab; die Kommunisten beteiligten sich überhaupt nicht an der Wahl. Dr. Hieber ist führendes Mitglied der Deutschen demokratischen Partei, Staatspräsident Rau hat sich keiner Partei angeschlossen.

Stuttgart, 9. April. Zum Stellvertreter des Staatspräsidenten wurde Minister Bolz bestellt.

Landshut, 10. April. Zur Verhaftung des völkischen Führers Esser ist folgendes zu melden: Hermann Esser hat seinerzeit vom Kemptener Kommunistischen Soldatenrat schnell zu Hitler den Weg gefunden und war nächst Hitler der beste Versammlungsredner im Propaganda-Sturmtrupp. Er war es auch, der am Putschabend, den 8. November, im Löwenbräukeller die Festrede bei der „Reichskriegsflagge" hielt und die Stimmung für die große Sensationsnachricht um ½9 Uhr vorbereitete. Esser war die Nacht vom 8. zum 9. November wahrscheinlich in Hitlers Hauptquartier im Bürgerbräukeller und flüchtete nach Oesterreich, als der Putsch zusammengebrochen war. Nun wird er sich wegen verschiedener Dinge zu verantworten haben. Die Vernehmungen haben bereits begonnen.

Berlin, 10. April. Im Reichstag fand gestern eine Versammlung der Nationalliberalen Vereinigung statt. Es wurde eine Entschließung angenommen, die die Ziele der Partei angibt. Unter anderem wird die bewußte Abkehr vom Marxismus betont, die die Partei als Grundsatz befolgt. Die Verbindung mit der Deutschen Volkspartei sei damit gelöst. Es wird weiter den Parteiangehörigen empfohlen, bei den Reichstagswahlen die deutschnationalen Listen zu wählen, soweit nicht eigene Vertreter aufgestellt sind.

Berlin, 10. April. Der Parteiausschuß der Deutschen Volkspartei hat folgende Personen auf den Reichswahlvorschlag der Partei gesetzt: 1. Außenminister Dr. Stresemann; 2. Frau Klara Wende; 3. Bürgermeister a. D. Dr. Scholz; 4. Prof. Dr. Kahl; 5. Minister a. D. Dr. Düringer; 6. Geheimrat Dr. Riesser; 7. Oberpostsekretär Morath; 8. Dr. Sorge; 9. Otto Thiel, Vorsitzender des Gesamtverbandes deutscher Angestellten-Gewerkschaften.

Berlin, 10. April. Gegen die Stadt Berlin ist eine Ueberwachung der Beamtenabbaumaßnahmen durch den Minister des Innern angeordnet worden, nachdem alle Bezirksämter mit sozialistischer Mehrheit die Vornahme des Beamtenabbaus verweigerten, um die seit 1919 in die Beamtenstellen der Bezirksämter gebrachten sozialdemokratischen Mitglieder nicht entlassen zu müssen.

Die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer.

Stuttgart, 10. April. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums des Kirchen- und Schulwesens über die Unterrichtsverpflichtung der Lehrer und über die Belohnung für Ueberstunden und nebenamtlichen Unterricht gelten als ordentliche Unterrichtszahl für die Schuljahre 1924—26 für die Volks- und Mittelschullehrer 32 bis 30 Stunden, für Studiendirektoren 20 bis 10 Stunden, Studienräte 28 bis 22, Präzeptoren, Reallehrer, Oberpräzeptoren, Oberreallehrer und Zeichenlehrer 30 bis 26, für Handarbeitslehrerinnen 32 bis 30, für die Lehrer an den Lehrerseminaren 28 bis 22, für die Lehrer an Gewerbe- und Handelsschulen in der Oberstufe 28 bis 24, in der Unterstufe 30 bis 26, für die Lehrerinnen an Frauenarbeitsschulen 32 bis 30. Diese Zahlen sind nur die Regel. Die Lehrer sind auch über diese Zahl von Unterrichtsstunden hinaus zur Erteilung von Unterricht an der eigenen oder anderen öffentlichen Schule und zur Erledigung der sonst mit ihrem Amt verbundenen Dienstgeschäfte verpflichtet. Diese Stundenzahlen gelten gleichermaßen für planmäßige und außerplanmäßige Lehrer und Lehrerinnen. Bei Zuteilung weiterer Unterrichtsstunden über den genannten Rahmen wird eine besondere Vergütung nur gewährt, bei Erteilung von Unterricht an Schulen, die einer anderen Oberschulbehörde unterstellt sind, an der allgemeinen Fortbildungs- oder Sonntagsschule, an die Lehrer einklassiger Volksschulen mit mehr als 60 Schülern, an Volksschulklassenlehrer mit mehr als 70 Schülern, an Gewerbe- und Handelslehrer, die dauernd über die Rahmenzahlen hinaus Unterricht erteilen. Ueberstunden dürfen nicht belohnt werden, solange Lehrkräfte vorhanden sind, die den Unterricht innerhalb der ordentlichen Unterrichtsstundenzahl übernehmen können. Die besondere Vergütung für Ueberstunden beträgt in wissenschaftlichen Fächern, sowie im Zeichnen 1.20 Mark, in allen übrigen Fällen 80 Pfg. Die Verpflichtung zum Unterricht an anderen Schulen erstreckt sich auf jede Art von Unterricht, die der Vor- und Berufsbildung des betreffenden Lehrers entspricht.

Gewaltige Erhöhung der Postzeitungsgebühren.

Die Reichspostverwaltung holt zu einem Schlage aus, der am 1. Juli auf die deutschen Zeitungen niederfallen soll. Es ist beabsichtigt, von diesem Tag an eine außerordentliche Erhöhung der Postzeitungsgebühren eintreten zu lassen, eine Erhöhung, die für kleinere Zeitungen das 12fache und für die größeren Zeitungen ungefähr das 6fache der bisherigen Postzeitungsgebühren ausmachen würde. Wird diese Maßnahme durchgeführt, so ergibt sich für die Zeitung eine Belastung, gegen die der Bezugspreis verschwindet und es ist selbstverständlich, daß sich jede Zeitung gezwungen sehen wird, einen Teil dieser unerträglichen Last von dem Bezieher mittragen zu lassen. Seit dem 1. April ist die Reichspost bekanntlich ein selbständiges kaufmännisches Unternehmen. „Abkehr vom Bureaukratismus" lauteten die Losung, unter der das Geschäft gegründet wurde. Von diesem neuen kaufmännischen Geist scheinen die Zeitungen den ersten Hauch verspüren zu sollen.

Die Vorschläge des Komiters Dawes.

Uebertragung der Zahlungen. Bei der Bemessung der Leistungen unterscheiden die Sachverständigen scharf zwischen den Summen, die Deutschland für Reparationszwecke überhaupt aufbringen kann, und den Markbeträgen, die an das Ausland übertragen werden können. Sie stellen fest, daß Zahlungen nach außen nur aus dem Ueberschuß der Wirtschaftsbilanz bewirkt werden können. Die Sachverständigen schätzen die Summen, die Deutschland aufbringen kann, zunächst lediglich unter Berücksichtigung der Möglichkeiten seines Haushalts, schlagen aber gleichzeitig Sicherungen gegen die Verbringung der Markbeträge in das Ausland vor, soweit eine solche Verbringung die Stabilität der Währung zerstören und dadurch die künftigen Reparationsleistungen gefährden würde. Alle Barzahlungen sollen in Goldmark oder zum Gegenwert in deutscher Währung erfolgen. Die Bestimmung darüber, welche Beträge ins Ausland überführt werden können, trifft ein „Agent für Reparationszahlungen" mit fünf Währungs- und Finanzsachverständigen aus den alliierten Ländern. Mit der Abführung der Markbeträge an den Agenten gilt die Verpflichtung Deutschlands als erfüllt.

Sachleistungen. Die Fortführung der Sachleistungen halten die Sachverständigen für notwendig. In der finanziellen Aufwertung sehen sie keinen Unterschied zwischen Sach- und Geldleistungen. Beide müssen aus dem Ausfuhrüberschuß gedeckt werden, wenn nicht die Währung zerstört werden soll. Alle Sachleistungen, die nicht auf Rohstoffe beschränkt sind, oder deren Durchführung eine vorherige Einfuhr nach Deutschland erfordert, werden für unwirtschaftlich erklärt.

Ausgleich des Haushalts. Die Sachverständigen legen ein Hauptgewicht darauf, daß der Ausgleich des Haushalts nicht bloß hergestellt, sondern auf die Dauer erhalten wird. Sie erörtern in großen Zügen das Steuersystem unter besonderer Berücksichtigung der Steuererträgnisse während der Inflationszeit, sowie die Frage gleichmäßiger Steuerbelastung in Deutschland und den alliierten Staaten. Nur durch den dauernden Ausgleich des Haushaltes und die Aufrechterhaltung der festen Währung kann nach Ansicht der Sachverständigen das Vertrauen in die deutschen Verhältnisse wiederkehren. Nur dann wird mit einer Rückkehr der im Auslande investierten deutschen Kapitalien gerechnet und kann ein Anreiz für ausländische Kapitalien zur Investierung in Deutschland geboten und eine ordentliche Steuerleistung erwartet werden. Der Zufluß ausländischer Kapitalien für die Schaffung der Notenbank und die Durchführung der Sachleistungen während der Uebergangszeit wird als notwendig erachtet. Die Sachverständigen halten es für ausgeschlossen, daß Deutschland im Jahre 1924—1925 in irgend einer Weise aus seinen Haushaltmitteln zur Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen der Alliierten Beträge leisten kann (Moratorium). Jede Forderung von solchen Zahlungen würde nach Ansicht der Sachverständigen den Ausbau des Haushaltes und die Stabilität der Währung gefährden. Die Finanzierung der Sachlieferungen soll daher im Jahre 1924—1925 durch eine internationale Anleihe erfolgen. Diese internationale Anleihe betrachten die Sachverständigen als integrierenden Bestandteil ihres Vorschlages.

Belastung der Industrie. Der Industrie, dem Handel und dem Verkehr wird eine Belastung von fünf Milliarden Goldmark auferlegt, die in sogenannten Industrie-Schuldverschreibungen mobilisiert werden sollen. Die Schuldverschreibungen sind nach einer geringen Verzinsung in der Uebergangszeit vom ersten Jahre ab mit 5 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen.

Kontrolle. Die Reparationslieferungen sollen durch bestimmte Einkünfte gesichert werden. Von der Empfehlung einer mittelbaren und unmittelbaren Kontrolle der gesamten deutschen Finanzgebarung wird Abstand genommen, es sei denn, daß ein bösartiger Verstoß Deutschlands gegen die jetzt übernommenen Verpflichtungen vorliegt. Als Sonderpfand sollen die Einkünfte der Steuern und der Abgaben auf Alkohol, Bier und Zucker dienen, und zwar soll die wirksame und unparteiische Kontrolle in der Weise ausgeübt werden, daß von dem Gesamtaufkommen seitens der Kontrollstelle zunächst die an die Alliierten abzuführenden Leistungen abgezogen werden und nur der Rest Deutschland zur Verfügung steht. Die Kontrolle soll alsbald beginnen. Von der Umwandlung der Verbrauchssteuern in neue Monopole wird abgesehen. Nur werden für den Tabakverkauf gewisse Neuregelungen empfohlen. Die Kontrolle wird einem besonderen Kommissar übertragen, dem Unterkommissare für jede zur Sicherung dienende Steuer beigeordnet sind. Die Befugnisse des Kommissars sollen, solange die Einkünfte zureichen, zurückhaltend ausgeübt werden, gestatten aber im Falle eines verringerten Ertrages der Einnahmequellen Eingriffe jeder Art. Die Sachverständigen sehen noch je einen Kommissar für die Notenbank, für die Eisenbahn, für die zur Finanzierung der Reparationen dienenden Einnahmequellen des Budgets und nötigenfalls für die Industrie vor. Außerdem ist ein Agent für Reparationszahlungen vorgesehen, der zugleich die Verbindung der Kommissare mit der Reparationskommission herzustellen hat und den Kommissaren allgemein gültige Richtlinien geben kann. Endlich sind Treuhänder für die Verwaltung der Eisenbahn- und Industrie-Obligationen vorgesehen.

Am Schluß seiner Ausführungen über die Leistungsfähigkeit Deutschlands stellt der Sachverständigenausschuß ausdrücklich fest, daß die von Deutschland zu fordernde Summe alle Kosten enthält, die aus dem Krieg entstanden sind, insbesondere die Reparationen, die Restitutionen, alle Ausgaben für die Besatzungsarmeen, die Ausgleichszahlungen, die Ausgaben für die Kontrollkommission oder Ueberwachung. Es wird ausdrücklich hervorgehoben, daß, wenn in dem Bericht des Komitees nur in einem Anhang von Vertragszahlen die Rede ist, damit alle Zahlungen gemeint sind, die Deutschland von den alliierten und assoziierten Mächten für die Kriegskosten auferlegt sind.

Wirtschafts- und Finanzhoheit. Die Wiederherstellung der wirtschaftlichen und finanziellen Hoheit Deutschlands im besetzten Gebiet wird von den Sachverständigen an verschiedenen Stellen ihres Berichtes als Vorbedingung der Gesamtheit ihrer Vorschläge bezeichnet. „Wir haben eingehend erwogen", sagen die Sachverständigen gleich im Eingang, „ob es möglich ist, für das heutige Deutschland, das heißt bei den gegenwärtig bestehenden fiskalischen und wirtschaftlichen Beschränkungen in dem besetzten Gebiet, das deutsche Budget zu balancieren und die Währung dauernd zu stabilisieren. Wir müssen erklären, daß es uns nicht möglich gewesen ist, unter diesen Umständen einen Weg zu finden. Die Wiederherstellung des deutschen Kredites im In- und Auslande ist die Grundlage der deutschen Zahlungsfähigkeit. Dieser Kredit aber kann nicht wiederhergestellt werden, solange der jetzige Zustand im Ruhr- und Rheingebiet fortdauert. Wir haben uns deshalb gezwungen gesehen, davon auszugehen, daß die finanzielle und wirtschaftliche Einheit des Reiches wiederhergestellt wird, und alle unsere Vorschläge sind auf dieser basiert." Und an einer anderen Stelle: „Nur wenn die wirtschaftliche und finanzielle Hoheit des Reiches für sein gesamtes Gebiet wiederhergestellt wird, kann Deutschland aus eigener Kraft sein Budget balancieren." Ferner: „Der Erfolg unseres Planes hängt ab von der Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftshoheit, und es muß darauf hingewiesen werden, daß auch die Durchführung des Planes hinausgeschoben werden muß, wenn die Wiederherstellung dieser Hoheit verzögert wird. Alle Fristen des Zahlungsplanes haben nur unter dieser Voraussetzung Geltung."

Die Anhänge zu dem Bericht beschäftigen sich mit folgenden Fragen: Organisation der neuen Emissionsbank, der Wohlstandsindex, der Bericht der Eisenbahnsachverständigen, die neue Eisenbahngesellschaft, die industriellen Organisationen, die Ueberführung von Reparationszahlungen aus deutscher Währung in fremden Devisen, die in Deutschland zirkulierenden Geldsorten, das provisorische Budget für 1924 und eine vergleichende Aufstellung der verschiedenen Einnahmen aus Dividenden.

8 Jahre Zuchthaus für einen Landesverräter.

Der Strafsenat des Breslauer Oberandesgerichts verurteilte am Dienstag in 7stündiger Verhandlung den früheren Polizeiwachtmeister Josef Kuffka aus Gleiwitz wegen vollendeten und versuchtem Landesverrat. Kuffka hatte sich im Januar d. Js. mit zwei polnischen Spionen in Verbindung gesetzt, denen er in einem Falle militärische Schriftstücke übermittelte, deren Geheimhaltung im Interesse Deutschlands geboten war. In zwei weiteren Fällen ist es bei Versuchen geblieben. Der Strafsenat hielt eine strenge Bestrafung für geboten und erkannte auf 8 Jahre Zuchthaus, 5000 Mark Geldstrafe und 2 Jahre Ehrverlust unter Zulässigkeit der Stellung unter Polizeiaufsicht.

Ausland.

Paris, 10. April. Die Regierungspresse fordert die Ergänzung der Sachverständigen-Vorschläge durch interalliierte Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland.

Max Kennas Bericht über die Kapitalflucht.

Der der Reparationskommission übergebene Bericht Max Kennas umfaßt nur 7 Seiten. Dazu kommen kurze Betrachtungen über die Guthaben im Auslande im Jahre 1924, während des Krieges und nach dem Kriege. Nach eingehender Prüfung habe der Ausschuß den Eindruck gewonnen, daß das ins Ausland abgewanderte deutsche Kapital einschließlich des in fremden Gesellschaften und Firmen angelegten Kapitals gegen Ende des Jahres 1923 nicht weniger als 5,7 Milliarden Goldmark und nicht mehr als 7,8 Milliarden Goldmark betragen habe. Der Ausschuß halte die mittlere Summe von 6,75 Milliarden Goldmark für annähernd zutreffend. Der Ausschuß habe ferner seine besondere Aufmerksamkeit dem Vorhandensein ausländischer Währungen in Deutschland gewidmet. Es müsse betont werden, daß dieses fremde Geld, dessen Höhe der Ausschuß auf 1 200 000 000 Goldmark beziffert, die flüssigste Form desjenigen Kapitals darstelle, das Deutschland im Ausland anzulegen in der Lage sei. Anderseits dürfe bei der Berechnung der deutschen Zahlungsfähigkeit nicht der Wert ausländischen Besitztums in Deutschland selbst außer Acht gelassen werden. Der Ausschuß schätze diesen Wert auf 1 bis 1,5 Milliarden Goldmark. Nach Auffassung des Ausschusses sei der einzige Weg, die Flucht deutschen Kapitals ins Ausland zu verhindern und seine Rückkehr nach Deutschland zu ermutigen, die Ursachen dieser Bewegung nach außen auszurotten. Die Inflation müsse ständig gestoppt werden. Wenn die deutsche Währung standhaft bleibe, werde der Deutsche, der Kapital im Ausland besitze, sich sicherer fühlen und die Gewißheit erhalten, daß er keinen Verlust erleidet, wenn er es wieder heimbringe, der Spekulant nicht länger mit Gewinn durch Verkäufe der Mark rechnen könnte. Man habe an dem Beispiel Oesterreichs schon erlebt, wie im Falle einer Währungsstabilisierung der auswärtige Handel von selbst das im Ausland befindliche Kapital zurückbringe. Der Ausschuß ist

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

der Meinung, daß, wenn den Empfehlungen des ersten Sachverständigenausschusses mit Bezug auf die Stabilisierung der deutschen Währung stattgegeben wird, der größte Teil der im Ausland untergebrachten deutschen Kapitalien im natürlichen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung wieder ins Land zurückkehren werde. Der Ausschuß hält an und für sich eine besondere Gesetzgebung zum Verbot der Kapitalausfuhr nicht für erforderlich, wenn die Finanzen des Landes auf eine feste Grundlage gestellt werden, ist aber der Meinung, daß die Uebergangszeit in Deutschland endlich beseitigt werden müsse, bevor man von einer wirklichen Stabilisierung sprechen und zu Deutschland wieder Vertrauen fassen könne. Der Ausschuß hält es daher für richtig, wenn die Regierung eine Amnestie für alle die Straftaten erläßt, die in diesen Bereich fallen und daß sie besondere Vergünstigungen für die Zeichnung auf eine Staatsanleihe in fremder Währung anbietet. Wohldurchdachte Maßnahmen dieser Art seien geeignet, die Rückkehr des Kapitals aus dem Ausland und die Wiederkehr gesunder finanzieller Verhältnisse zu beschleunigen, die doch so wesentlich seien für Deutschlands Reparationszahlungen.

Faszistische Rachekte.

In Mailand haben bei den Wahlen die Faszisten nicht so günstig abgeschnitten, wie sie erwartet hatten. Die Oppositionsparteien haben zahlenmäßig gegenüber den Faszisten weit höhere Stimmenzahlen auf sich vereinigt. Ueber diesen Ausgang waren die Faszisten sehr erbost und unternahmen dafür am Dienstag zahlreiche Racheakte gegenüber den sozialistischen Blättern und gegen den „Corriere della Sera", deren Zeitungstransporte vernichtet wurden. Bis die Polizei eingriff, hatten die Faszisten bereits den Verkauf der Oppositionsblätter verboten. Der „Corriere della Sera" meldet außerdem noch etwa 50 weitere Zwischenfälle aus der Provinz, wo die Faszisten namentlich gegen die Katholische Volkspartei aufgetreten sind. In Monza wurden deren Zeitungsdruckereien und Vereinssitze vollständig vermüstet. Die Polizei war fast überall machtlos.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 8. April. (Unlieb verspätet.) Letzten Freitag vormittag fand im Zeichensaal des Schulhauses die Schlußfeier der Gewerbeschule mit vorausgehender mündlicher Prüfung des zur Entlassung kommenden Jahrganges statt. Die Anteilnahme seitens der Bevölkerung war gleich Null, nur einige wenige Personen hatten sich eingefunden. Der bedauerliche Umstand dürfte in der Hauptsache in der Verlegung auf die Geschäftszeit zu suchen sein. Gewerbelehrer Kühnel führte in einem Rückblick auf das Schuljahr 1923 bis 1924 aus, daß das Schuljahr drei aufsteigende Jahresklassen mit insgesamt 42 Unterrichtswochen umfaßte. Von 90 Schülern, welche ganz oder teilweise dem Unterricht anwohnten, nahmen am Schluß noch 70 teil. Die Vielseitigkeit der vorhandenen Berufe stellte große Anforderungen an Lehrer und Schüler, umsomehr, als im letzten Winter ein Lehrerwechsel störend auf den Schulbetrieb wirkte. Nach einer Lehrprobe über einen Bestellbrief nahm der Leiter der Schule Veranlassung, der Stadtverwaltung Dank zu sagen für die mannigfache Unterstützung während des Schuljahres und namentlich in der schweren Inflationszeit. Er sprach die Hoffnung aus, daß diese Unterstützung der Schule auch künftig zuteil werde. Dasselbe gelte für weitere Kreise des Bezirks, für deren Unterstützung die Schule besonders dankbar wäre. Zum Schluß richtete er noch einige Abschiedsworte an die zur Entlassung kommenden Schüler. Er gab ihnen Ermahnungen mit auf den Weg, wo der eine oder andere vielleicht in Bälde seinen seitherigen Wirkungsplatz verlasse, um draußen im Leben sich weitere Kenntnisse anzueignen. Die heutige Zeit stelle große Anforderungen an jeden einzelnen. Keiner möge klagen über des Tages Arbeitslast, denn nur aus der Arbeit erwachse das Glück, nur auf der Arbeit beruhe die Hoffnung auf Wiederaufstieg unseres geliebten Vaterlandes. Mahnende Worte richtete er an die Schüler, indem er sie warnte vor der Neigung zur Gleichberechtigung, vor den Schön- und Vielschwätzern und den Haßpredigern, die von jeher die schlimmsten Berater des Volkes waren.

Zur Anerkennung ihres erfolgreichen Strebens im verflossenen Schuljahr erhielten folgende Schüler Auszeichnungen:

Klasse III:

Friedrich Glauner, Waldrennach, 1 Schulpreis; Bernhard Frey, Neuenbürg, 1 Schulpreis; Schöninger, Karl, Birkenfeld, 1 Belobung; Weber, Gustav, Langenalb, 1 Belobung; Drollinger, Friedrich, Birkenfeld, 1 Belobung.

Klasse I:

Müller, Fritz, Neuenbürg, 1 Belobung; Schoch, Paul, Neuenbürg, 1 Belobung; Gent, Hermann, Engelsbrand, 1 Belobung.

Hierauf erfolgte ein Vortrag des Schülerchors unter Leitung von Herrn Rektor Vollmer, „Die Hoffnung" von Fr. Schiller. Anschließend daran Verteilung der Abgangszeugnisse.

Die Ausstellung der Gesellenstücke und Arbeitsproben des Handwerks aus Stadt und Bezirk darf als eine in jeder Hinsicht reichhaltige und gelungene bezeichnet werden. Eine Unmenge von Skizzen und Fachzeichnungen waren an den Wänden der Gänge des Schulhauses angebracht und legten Zeugnis ab von der emsigen Arbeit, die unter der anerkennenswerten Leitung von Gewerbelehrer Kühnel geleistet wurde. Im Saal überraschte die Reichhaltigkeit des Gebotenen. Folgende Gewerbe waren vertreten: Schreiner (4), Küfer (2), Zimmerer (2), Wagner (5), Sattler (1), Schuhmacher (2), Schneider (3), Buchbinder (2), Maler (7), Mechaniker (4), Schlosser (3), Schmiede (4), Flaschner (1). Der Gesamteindruck ist ein durchaus guter; nur wenige Arbeiten ließen zu wünschen übrig, dagegen waren Arbeiten zu sehen, die Bewunderung und Anerkennung verdienen. Einen besonderen Schmuck bildeten die von Tannengrün umgebenen Gesellenbriefe. Dem Leiter der Gewerbeschule, Gewerbelehrer Kühnel, gebührt besonderer Dank, einmal für die Gruppierung des Ganzen und die zweckmäßige Anordnung, Dank aber auch für die Arbeit und Mühe, mit der er sich an die in der heutigen Zeit nicht leichten Aufgabe machte, die angehenden Gesellen zu tüchtigen Handwerkern und ordnungsliebenden Gliedern der menschlichen Gesellschaft sowohl theoretisch wie praktisch heranzubilden. Wenn die Beteiligung der Oeffentlichkeit leider zu wünschen übrig ließ, so dürfte dies weniger auf den Mangel an Interesse als auf den Umstand zurückzuführen sein, daß der Gewerbetreibende um die Vormittagszeit nicht leicht vom Beruf abkommen kann. Wir möchten empfehlen, künftig darauf Rücksicht zu nehmen und die Schlußfeier möglichst auf die späteren Nachmittagsstunden festzulegen. Die Anwesenheit der Vertreter des Handwerks wie älterer Personen verleiht einer solchen Feier eine besondere Weihe und wirkt gleich erhebend auf Unterrichtsleiter und Schüler wie Gäste.

Neuenbürg, 10. April. Im Oktober v. Js. hielt ein gewisser Martin Deckers aus Berlin in Oberniebelsbach einen Vortrag, in dem er schwere Angriffe gegen die Finanzbeamten richtete und u. a. behauptete, den Bauern werde zu viel Steuer abgenommen, die dann in die Taschen der Beamten fließen. Das Landesfinanzamt Stuttgart stellte Strafantrag und das Schöffengericht Neuenbürg verurteilte Deckers zu 1 Monat Gefängnis. Die Berufung Deckers wurde von der Strafkammer in Tübingen kostenpflichtig verworfen.

Wildbad, 10. April. Der Vaterländische Rechtsblock (Bürgerpartei und Vaterländische Verbände) hat als gemeinsamen Spitzen-Kandidaten zum Landtag für die 6 Oberämter Neuenbürg, Calw, Nagold, Freudenstadt, Böblingen, Maulbronn den seitherigen Landtagsabgeordneten Herrn Dr. Schott in Stuttgart aufgestellt.

Württemberg.

Stuttgart, 10. April. (Sonntagsfahrkarten.) Die Arbeiten zur Herstellung der zahlreichen neuen Sonntagsfahrkarten für die vielen Orte, die jetzt an der Freude an einem billigen Sonntags-Ausflugverkehr auf kleinere oder größere Entfernungen teilnehmen dürfen, sind in vollem Gange. Berge von Anträgen waren zu bearbeiten und etwa 1½ Millionen Sonntagsfahrkarten sind zu drucken. Mancher Ort hat bereits seine Sonntagsfahrkarten. Gemeinden bis zu 5000 Einwohnern erhalten fünf verschiedene Karten, bis zu 20 000 Einwohnern 12 Karten, mit mehr als 20 000 Einwohnern 16 Karten. Fast in allen Fällen ist die Fahrtmöglichkeit nach der nächsten Großstadt, wie Stuttgart, Ulm und Heilbronn vorgesehen. Zweifellos wird der Verkehr durch die Sonntagskarten eine starke Belebung erfahren und namentlich die großen Städte werden hieraus großen Nutzen ziehen. Im allgemeinen gelten diese neuen Sonntagskarten nur für die 4. Klasse bei einem Kilometerpreis von 2 Pfennig.

Stuttgart, 9. April. (Deutscher Tag.) Nachdem das Württ. Ministerium des Innern durch Verfügung vom 24. März öffentliche Versammlungen aus Anlaß des Deutschen Tages verboten hat, beschloß der Landesverband der Vereinigten Vaterländischen Verbände von Württemberg und Hohenzollern, die Abhaltung der Tagung auf eine gelegenere Zeit bis nach den Wahlen zu verschieben.

Stuttgart, 10. April. (Fleischpreiserhöhung.) Mit Wirkung vom Freitag ab erhöhen sich die Fleischpreise wie folgt: Ochsen- und Rindfleisch 1. 1 Mark, Rindfleisch 2. 85 Pfg., Kuhfleisch 1. 55—65 Pfg., 2. 40—45, Kalbfleisch 1. 95—100, 2. 85—90, Schweinefleisch 1 Mark, Hammelfleisch 80—85 Pfg., Schaffleisch 55—60 Pfg.

Stuttgart, 10. April. (Ende des Streiks der württ. Eisenbahnarbeiter.) Die Reichsbahndirektion teilt mit: Nach Verständigung der Hauptverwaltung der deutschen Reichsbahn mit den Tarifgewerkschaften über die wesentlichsten Punkte des Lohntarifvertrages auf der Grundlage einer Erhöhung der Stundenlöhne um 6 Pfennig für den 24jährigen Arbeiter ab 30. März 1924 haben sich die Gewerkschaften am 8. April verpflichtet, auf Wiederaufnahme der Arbeit durch die Streikenden unverzüglich mit allen Mitteln hinzuwirken. Die Streikenden haben in der Hauptsache heute die Arbeit überall wieder aufgenommen. Für die Wiederaufnahme der Arbeit gilt folgendes: 1. Die Streikenden werden ohne besonderes Ansuchen wieder eingestellt; Maßregelungen finden nicht statt. Streiktage werden nicht bezahlt. 2. Wer die Arbeit nicht bis zu dem von der Reichsbahndirektion festzusetzenden Zeitpunkt wieder aufgenommen hat, bleibt entlassen. 3. Sofern bei der Wiederaufnahme der Arbeit Arbeitsplätze durch Neueingestellte besetzt sind, können wieder eingestellte Streikende auch auf anderen Posten und Dienststellen beschäftigt werden.

Kirchheim a. N., 10. April. (Das Kalb mit zwei Mäulern.) Gegenwärtig ist bei Tierpräparator Otto Berk ein präparierter Kalbskopf zu sehen, ein sehr interessantes Unikum. Dieser Kopf besitzt zwei Mäuler, die beide in einen Schlund führen. Ferner hat er vier Augen und zwei Ohren. Das Kalb saugte an beiden Mäulern. Es war etwa eine Woche lebensfähig und ging dann an Blasenkrankheit ein.

Rottweil, 10. April. (Zur Stadtvorstandswahl.) Eine Mitgliederversammlung der Zentrumspartei hat einmütig beschlossen, für die Kandidatur von Regierungsrat Abrell einzutreten.

Baden.

Iffezheim (b. Rastatt), 10. April. (Feuer.) Zum zweiten Male innerhalb weniger Tage ist unsere Gemeinde durch Feuer heimgesucht worden. Das Wohnhaus des Landwirts Rudolf Vetter mit Scheune und Stallung wurde nahezu vollständig zerstört. Der Viehbestand konnte gerettet werden, doch sind die Fahrnisse und Futtermittel vernichtet. Der Brandschaden beläuft sich auf 20 000 Goldmark.

Unterlauchringen (Amt Waldshut), 8. April. Der erwerbslose Albert Scherer von Kollnau, Amt Waldkirch, gab sich in letzter Zeit in verschiedenen Wirtschaften in Unterlauchringen und Umgebung damit ab, Hypnosen an Kollegen vorzunehmen und dabei Geld zu verdienen. Am 20. März hypnotisierte er auch einen Arbeiter namens Mutter in seiner Wohnung, wobei ihm ein Unglück passierte. Mutter mußte mit Hilfe eines herbeigerufenen Arztes wieder zum Leben zurückgerufen werden, fiel hierauf jedoch in Tobsucht. Der Unglückliche mußte in die psychiatrische Klinik nach Freiburg überführt werden.

Lörrach, 9. April. Deutsche Zollbeamte machten auf dem badischen Bahnhof Basel einen guten Fang. Sie nahmen einen Uhrenschmuggler fest, der 102 goldene Damenuhren, 7 goldene Herrenuhren, 27 silberne Damenuhren und 92 Uhrwerke auf seinem Körper versteckt bei sich trug.

Wertheim, 9. April. Zu einem bösen Ende führte ein seit längerer Zeit schon andauernder Erbschaftsstreit zwischen den Landwirten Alois und Franz Kraus in Leitzdöchheim. Der Vater der beiden hatte dem Franz Kraus sein Anwesen angeschrieben, worüber sein Bruder mit ihm in bittere Feindschaft geriet und einen Prozeß anstrengte. Bei Franz Kraus wohnten außerdem seine beiden Schwestern im Alter von 30 und 24 Jahren, während der Bruder Alois, der bisher auch in dem Hause wohnte, wegen seiner Arbeitsscheu auf 1. April zwangsweise aus dem Hause entfernt werden sollte. Alois Kraus kam nach Rachz und als sein Bruder Franz heimkehrte, feuerte er auf ihn mehrere Schüsse ab und streckte ihn tot nieder

Vermischtes.

Das zarte Geschlecht. Im Hause Linienstraße 246 in Berlin erwachte nachts eine alte Frau durch ein Geräusch und sah zu ihrem Schrecken einen jungen Mann, der unter dem Namen Klaus von Waroniski das Nebenzimmer gemietet hatte, mit einem Messer in der Hand vor ihrem Bett stehen. Er drohte, daß er sie erstechen werde, wenn sie sich rühre, und so ließ sie es in der Angst geschehen, daß er ihre Brieftasche mit ihrer Barschaft unter dem Kopfkissen wegzog und damit verschwand. Jetzt ergab sich, daß der unheimliche Mann auch in ein Zimmer der Wirtin eingedrungen war, ein Spind erbrochen und Wäsche und andere Sachen daraus gestohlen hatte. Der Kriminalpolizei gelang es nunmehr, den Räuber zu fassen. Bei der Untersuchung entpuppte er sich als — ein Mädchen, als die 28 Jahre alte Klara Willig, die der Kriminalpolizei schon bekannt war. Die Verhaftete liebt es schon seit Jahren, Männerkleidung zu tragen. Sie hat auch schon wiederholt als Mann gearbeitet.

Der „Landpanzerkreuzer". Alte Witze von der „Gebirgsmarine" werden lebendig, wenn man jetzt in Schweizer Blättern folgende drollige Hochstaplergeschichte liest: In einer abgelegenen Werkstatt in Dietikon wurde seit Monaten an einer geheimnisvollen Maschine gebaut, die eine Ueberraschung für die Welt abgeben sollte. Der „Ingenieur" und Erfinder Göbel aus Berlin hatte die Werkstatt gemietet und konstruierte darin den sogenannten „Landpanzerkreuzer" oder die automatische gleislose Schnellbahn, mit welcher im Tempo von 100 Kilometern per Stunde über Feld und Flur soll gefahren werden können. Späterhin war beabsichtigt, ein Wüstenschiff zu bauen zur Durchquerung der Sahara. Schließlich stellte es sich heraus, daß der wackere Erfinder aus Preußen auch in Deutschland schon wiederholt wegen ähnlicher „Erfindungen" in Strafuntersuchung stand und von Psychiatern als chronischer Paranoiker bezeichnet wird. Um mit der Sache Schluß zu machen, ist der große Erfinder nun samt seiner Ehefrau in Haft gesetzt worden.

Verkleidete Massenmörder. Wie die italienischen Blätter aus Monastir berichten, haben fünf griechische Banditen, die als Frauen verkleidet in die Stadt eingedrungen waren, einen furchtbaren Massenmord verübt. Bei ihrer Verfolgung haben sie den Festungskommandanten, zwei Offiziere, vierzehn Soldaten und mehrere andere Personen getötet. Zwei Banditen sind gefallen, die übrigen entflohen.

Katastrophaler Eisgang bei Riga. Am Nachmittag des 5. April setzte der Eisgang auf der Düna plötzlich mit ungeheurer Gewalt ein. Während die beiden Eisenbahnbrücken dem Anprall der Eisschollen standhielten, versagte die 1917 bis 1918 von der deutschen Militärverwaltung erbaute hölzerne Lübeckbrücke und brach innerhalb einer halben Stunde Teil um Teil zusammen. Mehr als die Hälfte des schmucken und an sich soliden deutschen Militärbaues ist ins Meer getragen worden, wo Flieger das Verbleiben der Brückenteile zu erkunden versuchen. Wie der „Ost-Expreß" ferner berichtet, waren am 5. und 6. April Teile der Moskauer Vorstadt von Riga überschwemmt. Jetzt läßt das Hochwasser langsam nach.

Ein Wink. Nach der Untersuchung gibt der Arzt seinem Patienten Verhaltungsmaßregeln: „Vor allen Dingen hüten Sie sich vor starken Erregungen." — „Gerne, Herr Doktor, vielleicht berücksichtigen Sie das bei Ihrer Liquidation."

Bevorzugte Strafe. Richter: Der Angeklagte wird zu zwei Monaten Gefängnis, 1500 Mark Geldstrafe und einem Jahr Ehrverlust verurteilt. Haben Sie noch etwas zu sagen, Angeklagter? — Der Angeklagte: Verzeihen Sie, Herr Richter, könnte nicht die ganze Strafe in lebenslänglichen Ehrverlust umgewandelt werden?

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 10. April. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 115 Ochsen, davon unverkauft 5, 45 Bullen, 180 (20) Jungbullen, 176 (20) Jungrinder, 112 (12) Kühe, 424 Kälber, 635 Schweine, 48 Schafe und 3 Ziegen. Erlös aus je 1 Pfund Lebendgewicht in Goldpfennigen: Ochsen 1. 43—46 (letzter Markt: 44—47), 2. 29—39 (30—40), Bullen 1. 34—37 (36—38), 2. 27—32 (28—34), Jungrinder 1. 48—50 (48—50,5), 2. 37—45 (unv.), 3. 27—34 (unv.), Kühe 1. 30—36 (unv.), 2. 19—27 (unv.), 3. 12 bis 17 (unv.), Kälber 1. 63—66 (56—59), 2. 57—62 (50—54), 3. 45 bis 54 (43—48), Schweine 1. 65—67 (66—68), 2. 59—62 (62—65), 3. 52—57 (52—59). Verlauf des Marktes: mäßig belebt mit Ueberstand. Die Notierung am Markt erfolgt nach Lebendgewicht mit einem Gewichtszuschlag von 4 Prozent bei Großvieh und 4 Prozent bei Kleinvieh zum Marktgewicht. Der Unterschied zwischen den Marktpreisen und den Stallpreisen ist der, daß bei den Marktpreisen die Spesen, die Fracht, das Standgeld, die Versicherungskommissionsgebühren sowie die Umsatzsteuer enthalten sind. Schlachtviehzufuhr am Tor und Schweine werden zuschlagsfrei behandelt. Kühe höchsten Schlachtwertes mit noch einem Milchzahn fallen in der Notierung unter Jungrinder 1. Qualitätsklasse. Kühe höchsten Schlachtwerts wurden über Notiz gehandelt.

Stuttgart, 10. April. (Landesproduktenbörse.) Infolge der schwierigen Geldverhältnisse haben die Mühlen ihre Forderungen etwas erhöht; große Umsätze fanden aber nicht statt. Es notierten je 100 Kg. gesunde trockene Ware Weizen 20,25—20,50, Sommergerste 21—21,50, Hafer 14,25—14,75, Weizenmehl Nr. 0 29,50—30, Brotmehl 26½—27, Kleie 10½—11, Wiesenheu 9½—10, Kleeheu 10—11, drahtgepreßtes Stroh 6—6,50 Goldmark.

Schweinemärkte. Dem Biberacher Schweinemarkt waren 163 Milch- und 12 Läuferschweine zugeführt die alle verkauft wurden. Milchschweine kosteten 25—35 Mark und für Läufer 50—70 Mark per Stück bezahlt. In Obersontheim betrug die Zufuhr 223 Milchschweine, die alle zum Paarpreis von 44—67 Mark verkauft wurden. — In Riederstetten waren 110 Saugschweine zugeführt. Bei lebhaftem Handel wurde das Paar zu 45—60 Mark verkauft. — In Wangen kosteten bei einer Zufuhr von 125 Milch- und 3 Läuferschweinen erstere 18—28 Mk., letztere 37 Mk. das Stück. Bei zögerndem Handel wurden drei Viertel der Zufuhr verkauft. — In Illertissen wurden bei einer Zufuhr von 28 Ferkeln 25 Stück zum Stückpreis von 20—30 Mark verkauft.

Neueste Nachrichten.

München, 10. April. Der ständige Ausschuß des Landtages sprach sich für die Landtagseinberufung erst nach den Pfalzwahlen aus.

Mainz, 10. April. Das Jugendamt der Stadtverwaltung Wien hat sich bereiterklärt, 70 Mainzer Schulkinder für zwei Monate in Oesterreich aufzunehmen.

Berlin, 11. April. Wie mehrere Blätter melden, hat gestern die Reichsbank durch Rundschreiben die Konsortialen, welche sich zur Uebernahme eines Anteiles der Golddiskontbank bereiterklärt hatten, aufgefordert, die erste Anzahlung von 25 Prozent auf die Aktien der Golddiskontbank sofort zu leisten. Die Einzahlung soll möglichst in englischen Pfunden erfolgen, jedoch hat sich die Reichsbank bereit erklärt, andere Devisen zur Erleichterung der Einzahlung in Pfunde umzutauschen. Die Veröffentlichung des Statuts der Golddiskontbank dürfte, der „Vossischen Zeitung" zufolge, heute abend erfolgen.

Berlin, 10. April. Eine große Anzahl der von Berlin nach dem Westen führenden Telegraphen- und Telephonleitungen sind infolge starker Schneestürme an der Nordküste unterbrochen. Der Verkehr wird, soweit angängig, durch Umleitungen aufrechterhalten. Auch in Hamburg sind infolge heftiger Schneestürme in den Fernsprechleitungen zahlreiche Störungen aufgetreten. Die Verbindungen nach Sachsen, Mitteldeutschland, dem Ruhrgebiet und nach Berlin sind besonders in Mitleidenschaft gezogen.

Allein-Verkauf der Qualitätsmarke
Fortschritt-Schuhe
Schuhhaus
R. Weigel, Pforzheim,
Ecke Deimlingstr. 18 u. Waisenhausplatz 2.
Telephon 672.
Beste Bezugsquelle für
Straßen-, Sport- u. Gesellschafts-Schuhe.
Beachten Sie meine Auslagen!

Kinderwagen, Sportwagen
in einfach bis hochfein.
Kindermöbel, Ruhestühle,
Koffer und Lederwaren
in gediegener Ausführung kaufen Sie billig bei
Wilh. Bross, Pforzheim,
Ecke Zerrennerstrasse und Bahnstrasse.

Berlin, 10. April. In Berlin verlautet, die Reparationskommission werde die deutsche Regierung bestimmt zur schriftlichen Stellungnahme zu dem Sachverständigengutachten auffordern. — Die amerikanischen Kreise halten mit ihrem Urteil über den Sachverständigenbericht zurück, geben aber einer gewissen optimistischen Stimmung Raum. — Das deutsch-englische Abkommen über die Herabsetzung der Ausfuhrabgabe ist bis 15. Juni verlängert worden. — Der Reichsrat stimmte der Auflösung der südwestdeutschen Eisenbahnerberufsgenossenschaft zu.

Hamburg, 10. April. Die heutigen Verhandlungen zur Beilegung des Werftarbeiterstreiks sind ergebnislos verlaufen.

Waldenburg, 10. April. Auf der Davidgrube versagte die Maschinerie eines Personenaufzuges. Die sechs Insassen des Aufzuges wurden beim Aufschlagen der Förderschale schwer verletzt.

Wien, 11. April. Nach einer Meldung aus Prag erfährt „Sesko Slovo", daß die tschechische Armee in nächster Zeit mit neuen Repetiergewehren, System Mauser, ausgerüstet werde, die die bisher verwendeten Manlichergewehre ersetzen sollen. Gleichzeitig solle auch die bisherige S-Patrone durch ein neues Geschoß ersetzt werden.

Paris, 11. April. Der Präsident der Republik gab gestern zu Ehren des Königs von Rumänien ein Diner, wobei Millerand und der König Trinksprüche wechselten.

London, 10. April. Im Unterhaus kam es gestern nach der Vertagung zu einem Zwischenfall. Bei der Erörterung über die Mietsvorlage waren Bemerkungen gefallen, die auf beiden Seiten des Hauses große Erbitterung hervorriefen. Als die Mitglieder die Plätze verließen, gingen zwei, die an dem Wortgefecht beteiligt waren, aufeinander los und begannen eine heftige Schlägerei. Die anderen Mitglieder griffen schleunigst ein und ein erregter Wortwechsel beendete darauf die Szene.

Der Lohn- und Arbeitszeitkampf in der Oberbadisch-pfälzischen Industrie

nimmt immer größeren Umfang an. In der chemischen Industrie ist zwar durch das Hauptschlichtungsamt in Berlin auf Aufforderung der am Tarif beteiligten Gewerkschaften gestern eine Lohnerhöhung um 11 Prozent für Baden und die Pfalz festgesetzt worden. Es ist jedoch fraglich, ob die Arbeiterschaft der Badischen Anilin- und Sodafabrik sich durch dieses Zugeständnis von ihrer Forderung auf Beibehaltung des Achtstundentags abbringen lassen wird. Durch die gestrige Aussperrung bzw. Arbeitsniederlegung der Belegschaft der Heinrich Lanzwerke ist die Bewegung auch in die Metallindustrie getragen worden. Donnerstag früh hat der Verband der Metallindustriellen sämtlichen Firmen mitgeteilt, daß bis zum 17. April allen Arbeitern gekündigt wird, falls nicht bis dahin die Lanz'schen Arbeiter wieder zur Arbeit erschienen sind. Auch in Kaiserslautern ist die Belegschaft von 1000 Mann der Kammgarnspinnerei wegen passiver Resistenz ausgesperrt worden. Nach der „Arbeiterzeit" sind insgesamt 1200 Kinder der Streikenden Arbeiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik von Arbeiterfamilien des Saargebietes und des Nahetals aufgenommen worden.

Dr. Bayersdörfer Spitzenkandidat der Bayerischen Volkspartei in der Pfalz.

Die Bayerische Volkspartei der Pfalz hat unter Ablehnung des bisherigen Reichstagsabgeordneten Hofmann-Ludwigshafen den Vorsitzenden des pfälzischen Kreisausschusses, Dr. Bayersdörfer-Neustadt, als Spitzenkandidaten der Bayerischen Volkspartei für die Reichstagswahl aufgestellt. — Abgeordneter Hofmann war nach der Trennung der Bayerischen Volkspartei vom Reichszentrum in der Reichstagsfraktion des Zentrums geblieben. Das Reichszentrum hat die Wiederaufstellung Hofmanns für die jetzige Wahl in der Pfalz verlangt und davon abhängig gemacht, daß es keine eigenen Kandidaten für die Reichstagswahl in Bayern aufstellen werde. Nachdem schon die Bayerische Volkspartei in Bayern vor einiger Zeit dieses Abkommen der Pfalz abgelehnt hat, hat sich nunmehr auch die Bayerische Volkspartei durch die Aufstellung Dr. Bayersdörfer auf denselben Standpunkt gestellt. Die Folge wird sein, daß die Anhänger des Zentrums in der Pfalz Hofmann als Spitzenkandidaten des Zentrums aufstellen.

Die Pfälzer Separatisten noch immer nicht entwaffnet.

Pirmasens, 10. April. Der Separatistenführer Schindeldecker, der während der Herrschaft der Separatisten eine sehr üble Rolle gespielt hat, hat am 7. April in einer Wirtschaft während eines Disputs auf den Wirt zwei Schüsse abgegeben. Die Separatisten laufen noch heute in Pirmasens, mit französischen Waffenscheinen versehen, bewaffnet umher, während die deutsche Polizei nicht nur die Schußwaffen, sondern auch die Säbel und die Gummiknüppel abliefern mußte. Der Fall zeigt, wie die Separatisten von der Bevorzugung durch die Franzosen Gebrauch machen. Die nach den Pirmasenser Ereignissen von den französischen Besatzungsbehörden im Amtsgerichtsgefängnis Pirmasens bisher untergebrachten Pirmasenser Einwohner, darunter Rechtsrat Steinel und Bezirksamtmann Dr. Göttel, wurden gestern vormittag nach Mainz abtransportiert, um vor ein französisches Kriegsgericht gestellt zu werden.

Ein Volksverräter.

In Münster wurde eine in der Bewegung der Nationalen Verbände führende Persönlichkeit unter dem Verdacht festgenommen, den Franzosen Lockspitzeldienste gegen Bezahlung geleistet zu haben. Die umfangreichen Verfolgungsmaßnahmen gegen Anhänger dieser Bewegung, in deren Verlauf im besetzten Gebiet bereits 560 Verhaftungen vorgenommen worden sind, werden auf die Tätigkeit des Festgenommenen, der ein ehemaliger deutscher Offizier sein soll, zurückgeführt. Auf seine Veranlassung sind von den Leitungen der betreffenden Organisationen an eine Reihe von Persönlichkeiten im besetzten Gebiet Briefe geschrieben worden, die den Franzosen dann als Unterlage für ihre Behauptung von einem geplanten gewaltsamen Vorgehen gegen die Besatzungstruppen gedient haben. Der Verhaftete wird zur weiteren Verfolgung der Angelegenheit dem Reichsgericht in Leipzig zugeführt werden.

Kampf im Thüringer Landtag um den 1. Mai.

Weimar, 10. April. Der thüringische Landtag beschäftigte sich heute u. a. mit dem Antrag, den ersten Mai nicht mehr als gesetzlichen Feiertag gelten zu lassen. Der Antrag wurde von den Sozialisten und Kommunisten lebhaft bekämpft. Als der Abgeordnete Bauer auch die Aufhebung des gesetzlichen Feiertages am 9. November verlangte, da dieser Tag dem deutschen Volke viel zu großes Elend gebracht habe, brach auf der linken Seite des Hauses großer Lärm aus. Einige Abgeordnete der Linken riefen dem Redner dauernd Schimpfworte zu, schrien, klopften mit den Pultdeckeln und machten jede weitere Debatte unmöglich. Der Präsident sah sich schließlich genötigt, die Sitzung zu unterbrechen und die Tribünen, deren Besucher sich ebenfalls an den Zurufen beteiligt hatten, räumen zu lassen. Der Aeltestenausschuß beschloß, von einer weiteren Plenarsitzung heute abzusehen.

Pass-Bilder

für jeden Passzweck, sowie Porträts und Postkartenaufnahmen in künstlerischen Ausführungen.

Fritz Wolf, Pforzheim,

Schulberg 5. :: Fernsprecher 1381.

Die Goslarer Domkaserne in Flammen.

In der Domkaserne in Goslar brach Donnerstag nachmittag Feuer aus. Das Kaiserhaus, der gegenüberliegende Flügel der Kaserne, stand in Flammen. Das Feuer griff auf das im obersten Stockwerk befindliche Munitionslager über, wodurch heftige Detonationen entstanden. Um 2½ Uhr nachmittags flog der Dachstuhl in die Luft und überschüttete die Gegend weithin mit Sprengstücken und brennenden Dachsparren. Der Brand hatte sich auf das ganze Gebäude ausgedehnt. Da die Feuerwehr wegen der andauernden Explosionen nicht an das Gebäude herankommen konnte, sondern sich auf die Absperrung der Zugangsstraßen zu der Kaserne beschränken mußte, dauerte das Feuer am Abend noch an. Ob Menschenleben zu beklagen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Man führt das Feuer auf Brandstiftung zurück.

Dr. Landsberg Landeshauptmann von Sachsen.

Einer Blättermeldung aus Halle zufolge wählte der Provinziallandtag der Provinz Sachsen als Nachfolger des jetzigen Reichsverkehrsministers Oeser den früheren Gesandten in Brüssel, den Sozialdemokraten Dr. Otto Landsberg, zum Landeshauptmann der Provinz Sachsen.

Halle, 11. April. In der gestrigen Sitzung des Provinziallandtages der Provinz Sachsen haben sämtliche 56 bürgerliche Abgeordnete den Antrag eingebracht, die Wahl des Sozialdemokraten Dr. Landsberg zum Landeshauptmann wegen formellen Verstoßes gegen die Wahlordnung für ungültig zu erklären.

Trennungsstrich zwischen Nationalliberalen und Deutscher Volkspartei.

Berlin, 10. April. Von der Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Volkspartei wird mitgeteilt: Die Mitglieder der Nationalliberalen Vereinigung veröffentlichen einen Aufruf, in dem sie ihre Freunde auffordern, bei der bevorstehenden Reichstagswahl deutschnationale Wahllisten zu wählen. Damit bekundet die Nationalliberale Vereinigung vor aller Oeffentlichkeit, daß sie ihrerseits den Trennungsstrich zwischen sich und der Deutschen Volkspartei gezogen hat. Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei hat daraufhin der Nationalliberalen Vereinigung folgenden Beschluß des Parteivorstandes zugehen lassen: „Nachdem der Parteivorstand und der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei politische Organisationen innerhalb der Partei nur für möglich erklärt haben, soweit die Satzungen dies gestatten oder die zuständigen Partei-Instanzen sie ausdrücklich genehmigen und nachdem die Vertreter der Nationalliberalen Vereinigung in ihrem Auftrag Verhandlungen zur Herstellung dieser Voraussetzung abgelehnt haben, stellt der Parteivorstand auf Grund der ihm vom Zentralvorstand ausdrücklich erteilten Ermächtigung fest, daß die in der Nationalliberalen Vereinigung verbleibenden Mitglieder aus der Deutschen Volkspartei ausscheiden."

Beratungen im Reichskabinett über die Gutachten der Sachverständigen.

Berlin, 11. April. Das Reichskabinett wird sich heute in einer Sitzung mit den Gutachten der Sachverständigen beschäftigen. Wie mehrere Blätter mitteilen, wird die Reichsregierung die Lösung der mit den Sachverständigenberichten zusammenhängenden Fragen nicht etwa bis nach den Wahlen verschieben. Die Aufforderung, daß es im Interesse der deutschen Politik liege, einer Aufforderung der Reparationskommission um Stellungnahme zu den Sachverständigengutachten seitens der deutschen Regierung sofort zu entsprechen, wird der „Vossischen Zeitung" zufolge auch von den großen Wirtschaftsverbänden geteilt, die in den nächsten Tagen ebenfalls zusammenkommen werden, um über die Gutachten zu beraten.

Die brennendste Frage ist augenblicklich, wie wir über den kritischen 15. April, an dem die Micumverträge ablaufen, hinwegkommen werden. Die Sechserkommission hat gestern und heute mit dem Kabinett beraten und morgen werden in Düsseldorf die Verhandlungen mit der Micum wieder aufgenommen werden. Diese Erörterungen leiten ja gewissermaßen schon zu dem Sachverständigengutachten über. Daß auch hier die Dinge nicht ungebührlich hinausgezögert werden, wird selbstverständlich das aufrichtigste Bestreben der deutschen Verhandlungsteilnehmer sein. Sollte in irgend einer Form ein Provisorium zustande kommen, so wird die Regierung natürlich versuchen, eine etwa neu vereinbarte Frist durch Beschleunigung der Generaldiskussion über den Expertenbericht nach Möglichkeit abzukürzen. Lasten, wie sie die Micumverträge auch etwa in milderer Form der Wirtschaft des besetzten Gebietes auferlegen, sind eben einfach für längere Zeit nicht mehr tragbar. Vielleicht wird sich morgen bereits aus der Haltung der Micumvertreter, die ja lediglich auf Pariser Order hin handeln, die offizielle Stellung der französischen Regierung zu dem Sachverständigenbericht deutlicher erkennen lassen.

Der „Vorwärts" für bedingungslose Unterwerfung.

Berlin, 10. April. Aus dem Baker'schen Wilsonbuch wissen wir, daß man in Paris im Jahre 1919 ernstlich besorgt war, ob Deutschland die ungeheuerlichen Friedensbedingungen auch unterschreiben würde und daß diese Besorgnis von der Entente erst genommen wurde, als Herr Erzberger erklären ließ, wir würden doch, und zwar unter allen Umständen unterschreiben. Der „Vorwärts" scheint diese Taktik auch heute für ungemein klug und würdig zu halten. In einem Leitaufsatz über das Gutachten des Dawes-Komitees schreibt er heute: „Die Ablehnung des Sachverständigenberichtes wäre eine katastrophale Dummheit. Den Sachverständigenbericht ablehnen ist unmöglich. Was man nicht ablehnen kann, das muß man annehmen." Die Torheit dieser Geste wird nur noch durch ihren Mangel an Logik übertroffen. Zwischen Ablehnen und bedingungslosem Annehmen gibt es noch ein drittes: Verhandeln! Im übrigen sind wir vorläufig überhaupt noch nicht in dem Stadium des Annehmens oder Ablehnens. Zunächst unterliegen die Vorschläge der Beratung in der Reparationskommission. Von dieser wird dann erst die deutsche Regierung ersucht werden, sich zu den Berichten der Sachverständigen zu äußern. Darüber wird dann immerhin noch einige Zeit vergehen.

Hugo Stinnes †.

Berlin, 10. April. Hugo Stinnes ist heute abend um 8½ Uhr bei vollem Bewußtsein gestorben.

Hugo Stinnes wurde am 12. Februar 1870 in Mülheim an der Ruhr geboren. Sein Bildungsgang war der in den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industriellen übliche. Er verließ Ostern 1888 das Realgymnasium seiner Vaterstadt mit dem Reifezeugnis, absolvierte die Berliner Bergakademie und war längere Zeit auf der Zeche „Wiesche" als Bergmann, sowie in den Kessel-, Maschinen- und Brikettanlagen praktisch tätig. Ostern 1890 trat er in die Firma Matthias Stinnes ein, an der er zunächst mit einem Fünftel beteiligt wurde. Im Jahre 1893 gründete er eine eigene Firma und leitete nebenher die Stinneszechen in Essen, die er rasch technisch und kaufmännisch reorganisierte. Seit dem Jahre 1901 nahm Hugo Stinnes bereits eine führende Stellung im Kohlensyndikat ein. Gelegenheit zur vollen Entfaltung seiner organisatorischen Fähigkeiten bot sich Hugo Stinnes erst in der Nachkriegszeit, als die rheinisch-westfälische Großindustrie vor die Aufgabe gestellt wurde, die ihr nach dem Verlust ihrer Werke in Lothringen und Luxemburg verbliebenen Produktionsmittel zu neuen Einheiten zusammenzufassen.

Ein Vorstoß der Franzosen auf die badischen Häfen.

Der französische Senat hat den Gesetzentwurf über den Straßburger Rheinhafen angenommen. In der Verhandlung erklärte der Berichterstatter des Arbeitsausschusses, diese Hafenarbeiten seien nur der Beginn noch bedeutenderer Bauten zum Zweck der Vereinigung der Rhone mit dem Rhein. Diese Bauten würden in zwei Abschnitten ausgeführt, nach deren Vollendung der Straßburger Hafen Millionen von Tonnen umsetzen und den Wettbewerb mit anderen Häfen, auch mit Mannheim, aufnehmen könne. Der Berichterstatter des Finanzausschusses fügte hinzu: Wenn wir zulassen, daß der Kehler Hafen den Straßburger überflügelt, sind wir des Sieges nicht sicher. Senator Milan meinte, der Straßburger Hafen sei beinahe ein Seehafen und könne als Binnenhafen von Antwerpen angesehen werden.

Zu der Verlängerung der Micumverträge

schreibt das linksstehende „Oeuvre", Poincare setze alles auf eine Karte. Hätten die deutschen Industriellen, die am Freitag nach Düsseldorf zurückkehren sollen, bis dahin nicht die Kredite gefunden, die sie brauchten, und erklärten sie sich außerstande, weiter zu arbeiten, wenn die Franzosen und Belgier ihnen keine Erleichterung ihrer Lasten verschafften, so habe man den Bruch. Poincare verstärke die Zwangsmaßnahmen und übe neuen Zwang aus. Er liefere den deutschen Nationalisten Argumente, die gegen jede Verständigung auf der Grundlage der Sachverständigenberichte seien. Er löse eine Regierungskrise aus. Er erzürne die Alliierten und die Neutralen. Die ganze Kombination der Sachverständigenberichte beruhe auf der Wiederherstellung des Vertrauens und des Kredites. Wenn Poincare seine Drohungen ausführe, mache er diese Wiederherstellung unmöglich. Er ruiniere in einem einzigen Augenblick das Ergebnis der langen Bemühungen der beiden internationalen Komitees. Man könne kaum glauben, daß er wirklich daran denke, in demselben Augenblick, in dem von einer anderen Seite her die Lösung des ganzen Problems heranrücke.

Wahrung deutscher Würde.

Einer Korrespondenzmeldung aus Florenz zufolge hat auf der gegenwärtig dort tagenden Konferenz der Christlichen Eisenbahner-Internationale die deutsche Sektion ihren Austritt aus der Internationale erklärt mit der Begründung, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit den französischen und belgischen Gewerkschaften wegen deren Haltung in der Kriegsschuldfrage für die deutsche Sektion unmöglich sei.

Zurückhaltung in Amerika.

Washington, 10. April. Die hiesigen amtlichen Kreise sind nicht geneigt, ein Urteil über den Bericht des Komitees Dawes abzugeben, bis sie Zeit gefunden haben, sie im einzelnen zu prüfen. Man macht aber keinen Versuch, die Hoffnung der amerikanischen Regierung zu verhehlen, daß der Plan von den alliierten Regierungen als annehmbar befunden und darin eine Lösung des europäischen Problems entdeckt wird. Man ist hier der Ansicht, daß in der Regelung der Reparationsfrage das Hauptproblem der Schwierigkeit der Gesamtregelung liegt. In amtlichen Kreisen wird in diesem Zusammenhang an die New-Havener Rede des Staatssekretärs Hughes im Jahre 1922 erinnert, in der er erklärte, daß, wenn die Mächte zu einer Verständigung über den Sachverständigenplan gelangten, die Wege amerikanischer Hilfsbereitschaft nicht verschlossen könnten, sich hoffnungsvoll zu öffnen. — Der bekannte amerikanische Senator Borah erklärte zu dem Bericht der Sachverständigen, den er allerdings noch nicht genau habe studieren können, er sei der Ansicht, daß ein Abkommen, das auf Dauer berechnet sei, unmöglich erzielt werden könne, wenn nicht die Endsumme, die zu zahlen sei, genau festgelegt werde und Deutschland wieder die vollständige wirtschaftliche und militärische Kontrolle über sein eigenes Territorium erhielte. Die Fortdauer der Ruhrbesetzung würde es Deutschland unmöglich machen, seinen Verpflichtungen nachzukommen. — Der amerikanische Staatssekretär für den Handel, Hoover, gab bezüglich der Berichte der Sachverständigen folgende Erklärung ab: Die größte Schranke, welche sich dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschland entgegenstellt, war die Tatsache, daß die Reparationsfrage nicht gelöst wurde. Daraus folgte Arbeitslosigkeit, Fortsetzung der Verwüstungen, Beunruhigung in der Finanzwelt und Unsicherheit der Politik. Wenn die Reparationskommission jetzt wieder zu einer Lösung gelangt, so wird die ganze Welt daraus Vorteil ziehen. Die Wiederherstellung des Friedens und des Vertrauens in Europa, die Vermehrung der Industrieproduktion und die Verminderung der Arbeitslosigkeit werden endlich auch dem amerikanischen Volk Nutzen bringen. — Die amerikanischen Blätter sind der Ansicht, daß die Gutachten der Reparationssachverständigen den Weg zu einer schließlichen Regelung weisen und Deutschland zugleich eine Möglichkeit bieten, finanziell und wirtschaftlich wieder auf die Beine zu kommen.

Württ. Amtsgericht Neuenbürg.

Handelsregistereintragung vom 8. April 1924: Holzagentur **Reinhold Muckle & Co.**, Import- und Exportvertretungen, Sitz **Herrenalb**. Offene Handelsgesellschaft, begonnen am 1. November 1923. Gesellschafter: **Reinhold Muckle**, Kaufmann in Herrenalb, Dr. Ing. **Karl Möhrle**, Ingenieur in Herrenalb.

Buchenstammholzverkauf.

Bad. Forstamt in Ettlingen verkauft freihändig **683 Fm. Buchen I.—V. Klasse** in 8 Losen. Angebote **nach Losen in Prozenten** der Goldmarkgrundpreise bis **22. April** erbeten. Losverzeichnisse und nähere Auskunft durch das Forstamt.

Die bolschewistische Ehe. Die in der russischen Provinz zu beobachtende Heiratswut, die, nachdem man durch Jahre die kirchliche Trauung unterließ, die Popen plötzlich zu Massentrauungen zwingt, geht, wie ein Smolensker Sowjetblatt erzählt, auf eine sehr prosaische Ursache, nämlich auf die letzte Sowjetverordnung zurück, welche die Verteilung der noch nicht parzellierten Landgüter an ländliche Familien anordnet, jedoch ledige Bauern nicht berücksichtigt. Der landhungrige russische Bauer, der den Popen heute als „Zeremonienmeister der Agrarreform" gern benützt, ist aber so „aufgeklärt", daß er nach der Trauung und nach dem Grunderwerb sofort die Scheidung vom Volksgericht der Arbeiter und Bauern fordert, während niemand imstande ist, ihn selbst von seinem neuen Grund und Boden zu vertreiben. Diese neueste Anekdote aus dem Sowjetreich ist deshalb lehrreich, weil sie zeigt, daß dem russischen Bauern jedes Mittel taugt, wenn es Land einbringt, so wie er den Bolschewismus in den Kauf nahm, weil man ihm Land versprach und gab.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Neuenbürg.

Geschäfts-Eröffnung und -Empfehlung.

Einer werten Einwohnerschaft von **Neuenbürg und Umgebung** zur Kenntnis, daß ich die

Schlosserei,

Gräfenhäuser Steige 5a, ab 14. ds. Mts. wieder eröffne.

Ich empfehle mich zur Ausführung sämtlicher Schlosserarbeiten und bitte, mich in meinem Unternehmen unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Karl Döffinger, Schlossermstr.

Neuenbürg.

Gesucht werden:

Zimmerleute, Maurer und Taglöhner.

Zu melden auf der

Baustelle Sägewerk Ditter.

Nöding & Stober.

Birkenfeld.

Suche für sofortigen Eintritt tüchtigen, zuverlässigen und nüchternen

Pferdeknecht,

der in den umliegenden Dörfern, Gräfenhausen, Dietlingen, Schwann gut bekannt ist. Solche, die in Mühlen oder Mehlgroßhandlungen schon gefahren sind, werden bevorzugt.

Sonnenmühle, Telefon 5.

Wir empfehlen:

Hafer, Gerste, Malzkeimen, Melassefutter und Ia Speisekartoffeln (württbg.)

jedes Quantum

Gebr. Schlanderer, Unterreichenbach,

Telefon 2.

Dillstein.

Gelegenheitskauf.

Eine **Garnitur (Sofa und 2 Sessel)** evtl. auch **4 Sessel**, sehr gut erhalten, im Auftrag zu verkaufen

Tobias Zundel, Sattlerei und Polstergeschäft.

Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder

in grosser Auswahl zu den billigsten Preisen.

Alleinverkauf

von Krafft, Fahrnau, und Herz, Frankfurt.

Wilh. König, Herrenalb.

Vieh-Verkauf.

Von Montag morgen 7 Uhr ab

steht

im Gasthaus zum „Ochsen" in Höfen

ein großer Transport

erstklassiger, junger, gewöhnter Milchkühe, trächtiger Kühe,

sowie ausnahmsweis schöne hochträchtige Kalbinnen und ein Paar erstklassige Zugstiere

zum Verkauf, wozu Kaufliebhaber freundlichst einladen

Rudolf und Berthold Löwengardt,

Rexingen.

Kriegerverein II Neuenbürg.

Die Kameraden werden zu zahlreicher Beteiligung an dem

Vaterländischen Abend

am **Samstag, den 12. ds.,** 8 Uhr abends im „Bären" höflichst eingeladen.

Der Ausschuß.

Schwarzwaldverein V.-V Neuenbürg.

Sonntag, den 13. April 1924

Nachmittags-Wanderung

nach **Langensteinbach.** Abmarsch punkt 1 Uhr vom Marktplatz.

Neuenbürg.

Bündelholzbinder

zum Eintritt nach der Schulentlassung gesucht

Eisenfurt-Werk.

Sandalen

sind die beste und billigste Fußbekleidung im Frühjahr und Sommer!

Ich empfehle:

Braune Rindledersandalen mit extra starken Lederböden, Marke: Gebr. Krafft, Fahrnau, Größe 36/41 **7.50 Mk.,** 42/46 **8.50 Mk.**
Schwarze Rindledersandalen mit extra starken Lederböden, Marke: Gebr. Krafft, Fahrnau, Größe 36/41 **6.50 Mk.,** 42/46 **7.50 Mk.**
Braune Rindledersandalen, erstklassiges Fabrikat, Größe 36/41 **7.00 Mark,**
Braune Rindledersandalen (treffen in einigen Tagen ein), Größe 36/41 **5.50 Mk.,** Größe 42/46 **6.00 Mark.**
Schwarze Rindledersandalen, Größe 36/41 **5.50 Mark,** Größe 42/46 **6.00 Mark.**
Schwarze Rindboxsandalen (treffen in einigen Tagen ein), Größe 36/41 **7.50 Mk.,**
Schwarze Rindboxsandalen (treffen in einigen Tagen ein), Größe 36/41 **7.00 Mk.**
Braune Segeltuchsandalen, Größe 36/41 **4.00 Mk.,** Gr. 42/46 **5.00 Mk.**
Segeltuch-Kinder-Sandalen von **2.50** bis **3.50 Mk.**

Gleichzeitig empfehle ich

alle Sorten Schuhwaren

für Herren, Damen und Kinder, Marke: „Fritz-Schuh"

und andere erstklassige Fabrikate,

in **Chevreaux, Boxcalf, Rindbox und Rindleder,** rahmengenähte, durchgenähte und holzgenagelte, schwarze und braune, breite und stumpfspitze Formen, in **Derby** und **Ringsbesatz,** mit und ohne Lackkappen, doppelsohlig und einfachsohlig.

Ernst Hermann, Arnbach.

Dennach.

Habe drei erstklassige

Milch- und Fahrkühe,

sowie eine 36 Wochen trächtige

Kuh

und ein

Zuchtrind

zu verkaufen und lade Kauf- und Tauschliebhaber höfl. ein

Friedrich Bodamer, Viehhändler.

Es ist Ihr Vorteil!

Nur süddeutsche erstklassige Fabrikate!

Sie fahren gut

wenn Sie Ihren Bedarf in

Schuhwaren

bei mir decken.

Meine Auswahl ist gross!

Meine Preise sind klein!

Meine Kunden sind zufrieden!

Bei mir finden Sie farbige und schwarze

Saison-Artikel

in Damen-, Herren- u. Kinderstiefel Arbeiter-, Stapel- und Luxusschuhe.

Grosse Auswahl in

Sandalen und Hausschuhen.

Schuhhaus Hertz,

Neuenbürg, alte Pforzheimerstr.,

Filiale Pforzheim, Oestliche 23, Telefon 2285.

Nur gute preiswerte Qualitäten!

Eigene Reparaturwerkstätte.

Herren-Hüte

elegante Neuheiten, aparte Farben, erstklassige Fabrikate

Viktor Martin & Co.,

Pforzheim, Leopoldsplatz / Posttr. 2.

Rasierklingen gratis

sende ich, um eine neue für Selbstrasierer höchst wichtige Sache schnell bekannt zu machen, an jeden, der mir seine Adresse mitteilt.

Frey's Spezialhaus, Berlin SW. 48,

Friedrichstraße Nr. 754.

Neuenbürg.

Ein fleißiger

Taglöhner

mit etwas gärtnerischen Kenntnissen sofort gesucht

Wilh. Wackenhut,

Pforzheimerstraße.

---

3 Zentner

Kartoffel

verkauft **D. O.**

Ittersbach.

Ein neuer für Kuhfuhrwerk passender

Wagen

und eine hölzerne

Egge,

sowie eine

Kuh

mit dem zweiten Kalb ist zu verkaufen.

Haus Nr. 46.

Wiegekarten

mit und ohne Ueberblatt liefert preiswert

C. Meeh'sche Buchdruckerei,

Inh. D. Strom.

Neuenbürg.

Achtung!

Kaufe heute und morgen

Lumpen

per **Kilo 10 Pfennig.**

Hermann, Stuttgart.

Grunbach.

Zwei schöne

Rinder

sowie ein gutes

Fahrrad

ist zu verkaufen.

Haus Nr. 98 b. Löwen.

Schuhhaus

Ferd. Schaefer

Pforzheim,

am Marktplatz, Ecke Schlossberg (neben Zigarrenhaus Walz).

Nur Ia. Qualitäts-Ware wie früher.

Preise außergewöhnlich billig!

Ruhr-

Brechkoks, Nußkohlen, Schmiedekohlen, Anthracit-Kohlen

empfiehlt in Fuhren und Waggonbezug

Telefon 308. **Ferd. Laible,** Telefon 308

Pforzheim-Güterbahnhof.

Rheinische Creditbank, Niederlassung Herrenalb.

10. April 1924.

	Heutig. Kurs	Vorig. Kurs		Heutig. Kurs	Vorig. Kurs
Goldanleihe . . .	4,2	4,2	Benz Akt.	4½	5
3½% Dt. Reichsanl.	0,935	0,995	Buderus Akt. . .	—	12
4% „ „	0,490	0,500	Charlottenburger Wasser Akt. . .	17½	18
5% „ „	0,090	0,090	Daiml. Mot. Akt.	3½	3,3
3½% Württ. Staatsanleihe .	0,450	0,545	Goggenau Eisen Akt. . .	5	3½
4% W. Staatsanl.	0,300	0,320	Germania Linoleum Akt.	9	—
5% Südd. Festwerthank Obl.	1,15	1,8	Harz. Bergb. Akt.	50½	55½
5% Badische Kohlenanleihe .	8½	—	Höchst. Farb. Akt.	11⅝	10½
5% Neckar-Goldanleihe . .	1,96	1,15	Junghans Akt. .	—	—
Dtsch. Bank Akt.	8½	8½	Köln-Rottw. Akt.	6½	7
Disconto-Command. Ant.	9½	9,1	Kollmar & Jourdan Akt. . . .	21½	22½
Reichsbank Ant.	21,5	23	Körting Gew. Akt.	6½	7
Rhein. Creditbank Akt. . . .	2,5	2½	Laurahütte Akt. .	10	—
Württ. Vereinsbank Akt. . . .	2½		Mägirus Akt. . .	2	2,6
Hapag Akt. . . .	22½	21½	Mansfeld Akt. .	6½	7½
Nordd. Lloyd Akt.	5		R.S.U. Akt. . . .	5	4½
Allg. Lokalb. Akt.	21	23	Neckarwerke Akt.	4½	6½
Elekt. Hochb. Akt.	33½	33½	Jul. Schrel Akt. .	7,6	7½
A.E.G. Akt. . . .	8,2	8½	Salz. Heilbr. Akt.	60	70
Bad. Anilin Akt.	14½	14	Stuttg. Zuck. Akt.	3,15	3,5
			Württ. Elekt. Akt.	5	5,25
			Zellstoff Waldhof Akt. .	8½	8